

**Zeitschrift:** Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung  
SES

**Band:** 4 (1985)

**Heft:** 4: Macht und Macher

**Artikel:** Vom Machtdünkel der Macher

**Autor:** Geissberger, Werner

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-586635>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 08.11.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**



Holzstich: Emil Zbinden

# Vom Machtdünkel der Macher

**A**m Schluss sitzen Regierung und Wirtschaft am entscheidenden Hebelarm. Wenn die Fernwärme wollen, dann werden auch die Parlamente spüren.» - Also sprach der Aargauer Nationalrat und NOK-Verwaltungsrat Dr. Leo Weber. Er hält ja ohnehin das «gemeine Volk» für reichlich blöd: «...wenn man Kühltürme und Dampfschwaden nicht sieht, steht für sehr viele Leute auch kein Kernkraftwerk mehr dort.»

Solchen Nonsens können heutzutage altgediente Politiker verzapfen, ohne dass sie der Bannstrahl der Lächerlichkeit oder die stille Wut der Bevölkerung zur Räsön bringt. Statt energiepolitische Konzepte zu

erarbeiten, alternative Energiequellen zu erschliessen und visionäre Vorstellungen zu entwickeln, wird mit blindem Eifer an potemkinschen Dörfern gebaut. Dabei werden alte Versprechungen vergessen und verraten.

## Falsche Karten im Spiel

Beweis: Das hauchdünne Nein der ersten Atominitiative zwang die Atombosse zu Konzessionen, verbal wenigstens: Energiesparen, Bedarfsnachweis nach strengen Kriterien, Mitsprache des Volkes beim Bau um-

strittener Atomkraftwerke durch das fakultative Referendum, das war das mindeste, was damals versprochen worden war. Und als sich die Schweizerische Energiestiftung in einem wohlbegründeten, mit wissenschaftlich erhärteten Fakten belegten Report an den Bundesrat wandte und ihre Sorgen über das ungelöste Atomabfallproblem aussprach, da erhielt sie aus dem Bundeshaus tröstliche Post:

«... Gewähr wird bestehen, wenn für alle Abfallarten ausgearbeitete, standortgebundene Projekte mit Sicherheitsberichten und Grundsatzgutachten vorliegen. Alle Kernkraftwerke müssen bis 1985 «Gewähr» nachweisen können; andernfalls wird der Bund diesen Kraftwerken die Betriebsbewilligung entziehen. Der vom Bund gesetzte Termin 1985 stellt sozusagen ein quantitatives Mass der Zuversicht des Bundes in die Entsorgungsfrage dar.»

## Wer hat da mit gezinkten Karten gespielt?

Mit Verlaub, Herr Bundesrat, Sie wissen doch so gut wie die Energiestiftung, dass unser Atommüll nie und nimmer in der Schweiz abgelagert werden wird. Zwar hat die NAGRA, die dafür verantwortlich wäre, bis Ende 1984 wohlgezählte 211 Millionen Franken verpulvert und pulvert im Schnellfeuer-Rhythmus weiter, Spiegelfechtereien im potemkinschen Dorf, um bei unserm Bilde zu bleiben. Denn NAGRA-Präsident Dr. Rudolf Rometsch hat an einer Tagung im Kreise von Kernenergie-Fachleuten, die in Luxemburg stattfand, endlich einmal unverkennbar aus der Schule geplaudert:

«Das Projekt Gewähr gibt eine wissenschaftlich-technische Antwort auf eine rein politische Frage, denn angesichts der geringen Zahl von Kernkraftwerken wäre ein Endlager für hochradioaktive Abfälle in der Schweiz unsinnig. Der Bundesrat hat nun die heikle Aufgabe, diese Antwort ins Politische rückzuübersetzen. Das wird er vor Mitte 1986 kaum schaffen. Wir machen inzwischen mit unserm Forschungsprogramm weiter.»

Höre und staune! NAGRA-Präsident Rometsch hält also den Auftrag, den es zu erfüllen galt – ein ausgearbeitetes Projekt für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in der Schweiz –, für Unsinn. Demnach verpulvern wir Hunderte von Millionen für ein erdwissenschaftliches und geotechnisches Untersuchungsprogramm, wobei das «Endlager» sich als eine weitere Fiktion in unserm potemkinschen Dorf erweist.

## Des hohen Bundesrates «heikle Sache»

Diese Tatsache offen einzugestehen – und in diesem Punkte stimmt die Energiestiftung mit der NAGRA überein –, ist für den Bundesrat «eine heikle Sache». Doch keine Bange, Leon Schlumpf wird es mit väterlich-besorgter Miene schaffen, und uns bleibt jegliche Glosse zu diesem kostspieligen Verwirrspiel im Halse stecken. Leon wird gekonnt in

die Tasten seiner Handorgel greifen und ihr – unterstützt vom Chor der Elektrizitäts-Lobby – patriotische Töne entlocken. Bei der zurzeit in unserm Lande herrschenden Atmosphäre, die von der Selbstherrlichkeit selbsternannter Eliten geschwängert ist, gilt doch jeder Hinweis auf von Politikern gebrochene Versprechen als «unschweizerisch».

Und im ungestümen Vormarsch in den Atomstaat fordert die Generalversammlung des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke nonchalant: «Der heutige Hindernislauf beim Bau von Kernkraftwerken muss abgebaut werden.» Im gleichen Aufputz soll, so die Meinung des Präsidenten des VSE, Dr. Jörg Bucher, gleich auch noch der Bedarfsnachweis bei der Totalrevision des Atomgesetzes ausgemerzt werden.

## Grosse Verdrängung im kleinlichen Land

Unser Land befindet sich in einer zwiespältigen Lage. Die Wirtschaft läuft auf vollen Touren, die Exporte weiten sich aus, bei den Löhnen wird der Teuerungsausgleich gewährt, zur Beruhigung der Gemüter gelegentlich gar eine Realloohnerhöhung dem Füllhorn der Gewinne entlockt.

Die leise «grüne Welle» aber, die auf Gesamtkonzepte zum Schutze von Mensch, Tier und Pflanze drängt, scheint zu verebben. Die Kehrseite der wirtschaftlichen Entwicklung wird krampfhaft übersehen, verdrängt.

Gewinne werden gescheffelt, die Produktivität gesteigert, gut und recht – und unsere Kinder, denen nämlich die Luft ausgeht, dürfen wenigstens nach Weihnachten gelangweilt knietief durch den Geschenberg stapfen.

Mit einem Blick auf den vermutlich rettungslos verlorenen Bergwald stellt Dr. W. Bosshard, Direktor der Eidgenössischen Anstalt für das forstliche Versuchswesen, fest: «Der Glaube an die Machbarkeit fast aller Dinge und an die unbegrenzte Verfügbarkeit von Wasser, Luft und Boden ist irrational und als solcher unbewusst. Eine Kritik an dieser Einstellung löst nachhaltigen Widerstand aus; selbst die intellektuelle Einsicht allein bewirkt keine Verhaltensänderung. Deshalb haben die staatlichen Massnahmen zur Verminderung der Luftverschmutzung in den Alpenländern noch bei weitem nicht den politischen Stellenwert, welcher der tatsächlichen Lage entsprechen würde. Diese Bereitschaft wird erst nach katastrophartigen Schadenfällen vorhanden sein, wenn es im Alpenraum fast nur noch geschädigte und tote Bestände geben wird.»

Selbstverständlich gibt es Menschen aus allen Schichten des Volkes, die gegen diesen Fatalismus anrennen. Der staatsstreu liberale Publizist Oskar Reck beispielsweise, der mit seinen pädagogisch geprägten Leitartikeln alter Schule wie ein erratischer Block aus dem sich in Fakten und Sensationen verlierenden Tagesjournalismus herausragt, seufzt: «Wo heute, auf dem Punkt offenkundiger Zerstörung und faktischer Selbstzerstörung, Freiheit fugenlos in Rücksichtslosigkeit übergeht, bleibt uns allein noch die Chance, Schranken zu setzen. Denn so, ab-

gelöst von aller Verantwortung, war diese Freiheit nie gemeint. Das ist die neue, die vollkommen andere Lage, und wenn wir sie ernst nehmen, beginnt ein Aktivdienst, der uns alle braucht.»

Doch wer könnte Schranken aufbauen, wenn die Dampfwalze scheinbarer wirtschaftspolitischer Sachzwänge alles einebnet? Die Spekulanten ersticken jeglichen Ansatz für ein neues Bodenrecht, die Umweltbelastung aller Schattierungen schlüpfen mit Geschick durch die weiten Maschen zahmer Umweltschutzgesetze, die Landesplaner haben ihren Kampf gegen die Zubetonierer (1,2 Quadratmeter pro Sekunde) längst verloren.

## Wer geht da nicht in die Luft?

In diesem Klima, wo Wachheit und Unbändigkeit als Disziplinlosigkeit empfunden werden, wo der störungsfreie Ablauf des Alltagstrotts gar als staatsbürgerlicher Leistungsausweis gewertet wird, kurz, in einem Umfeld, wo sich der Reichtum der Oberschicht, verbreiteter Wohlstand der Mittelschicht, Überalterung und Anpassung gegenseitig beeinflussen und das Lebensgefühl dämpfen, in der erstarrten Schweiz also, ist der übermächtigen Wirtschaft die Domestizierung der Politik gelungen. Die «Firma Schweiz» hat sich abgeschottet, ein lebendiges Miteinander und Gegeneinander ist unter diesen Umständen bei üblicher Weise durch die Medien schlecht informierten Bürgern nicht mehr möglich. In der «freien Schweiz» wird ja selbst das «Wort zum Sonntag» der Kirchen von einem Verwaltungsjuristen zensuriert, bevor es ausgestrahlt werden darf...

Es ist daher verständlich, dass sich bei der Pioniergeneration der Schweizerischen Energiestiftung eine Art von Identifikationseffekt mit dem Flugzeugentführer in Franz Hohlers neuester Cabaret-Aufführung einstellt: Ein frustrierter Staatsbürger versucht krampfhaft Kontakt mit dem Bundesrat aufzunehmen. Denn er sei enttäuscht, nachdem er fünfzehn Jahre lang Initiativen und Referenden unterschrieben habe, an Podiumsgesprächen teilnahm, Aufrufe unterzeichnete. Er habe erleben müssen, dass die Situation desto verschissener geworden sei, je ernster er seine staatsbürgerliche Pflicht nehme. Er ersaue im «Mittelmeer des Durchschnitts», im «Wattenmeer des Dienstweges», im «Meer des Schweigens», im «Strudel der Sachzwänge», fürchte sich vor den «Haien des Profits». Auf Taten warte er vergeblich, dieweil ihm «das leise Schwappen der Vernehmlassungen» einschläfernd in den Ohren rausche.

Was aber würde bei diesem Kurs auf den Eisberg ein Kontakt mit dem Bundesrat nützen? Wer könnte oder wollte das Steuer herumreissen?

Messieurs Jean-Pascal Delamuraz («Wir müssen vor allem Hals-über-Kopf-Massnahmen vermeiden») und Pierre Aubert («Waldsterben gab es immer schon») sehen für die Umwelt keine akute Gefahr. Für den spitzzüngigen und wortgewaltigen Kurt Furgler hat Wirtschaftswachstum im alten Stil erste Priorität, je rasanter, desto besser

(«in der Verbreiterung der Grauholzauto-  
bahn sehe ich einen Beitrag zur Verbesse-  
rung der Umweltsituation»). Elisabeth  
Kopp bleibt mit Katalysator und Abgasnor-  
men beim bloss technischen Umweltschutz  
stehen. Die Frage beispielsweise, warum in  
unserm Verschleissystem täglich 300000  
Autos zu den Shopping-Centers fahren und  
1060000 Arbeitskräfte über die Gemeindegrenze hinweg zu den Arbeitsplätzen pen-  
deln müssen, wird nicht einmal angedeutet.  
Leon Schlumpf, jovial wie immer, will den  
öffentlichen und privaten Verkehr zugleich  
fördern und das Atomkraftwerk Kaiser-  
augst gegen alle Widerstände durchstieren.  
Für Hellhörige ist die mit 12 zu 7 Stimmen  
erfolgte Zustimmung einer nationalrätlichen  
Kommission zu Armee-Einsätzen im  
Landesinnern ein sanftes Vorspiel zum un-  
vermeidlichen Paukenschlag. Von Finanz-  
minister Otto Stich wissen wir, dass sein Aug  
derart vom Budget-Defizit gebannt ist, dass  
er seine Umwelt kaum mehr wahrnimmt.

Nur bei Bundesrat Alphons Egli ist jener  
Bewusstseinswandel eingetreten, der Vor-  
aussetzung einer sinnvollen Zukunftspolitik  
wäre («wir brauchen eine totale Verände-  
rung von Wirtschaft und Gesellschaft, um  
überleben zu können»).

Alles in allem: Auch die oberste Landes-  
behörde überlässt das politische Aktions-  
feld weitgehend den Wirtschaftsmächten.  
Und dies in einem Mass, dass es selbst der  
extrem wirtschaftsfreundlichen, vorneh-  
men Neuen Zürcher Zeitung den Atem ver-  
schlagen hat!

## Unglaublich: NZZ ortet Viererbande im Parlament

Überspitzt ausgedrückt kann man sagen:  
Wer Macht hat in diesem Lande, der gibt  
sich seine Gesetze selber. Die Bankiers bei-  
spielsweise spielen den Gentleman und füh-  
len sich beleidigt, wenn ihnen jemand in die  
Bücher schauen wollte. Die Minderheit der  
Bodenbesitzer wird jede Revision des Bod-  
enrechtes zu verhindern wissen.

Über den staatlich-privatwirtschaftlichen  
Totalfilz im Atom- und Fernwärmebereich  
schweigt des Sängers Höflichkeit. Analysen  
über falsche Berechnungsgrundlagen wer-  
den unter den Tisch gewischt. Bestechungs-  
reislein für Parlamentarier nach Spanien  
sind ja nur kleine Fische neben dem Geld-  
verschleiss für Abstimmungskämpfe, Re-  
präsentation (Schloss Böttstein) und psy-  
cho-politologische Untersuchungen zur  
Meinungsbeeinflussung. Und selbstver-  
ständlich bestimmt Michael Kohn: «Ein  
Elektrizitätsgesetz ist weder nötig noch  
tauglich.»

Wird das Fass nicht irgendeinmal über-  
laufen?

Die Überheblichkeit und der Befehlston  
von Handelskammern, Vorort, Finanzgrös-  
sen in Wirtschaft und Politik stiess endlich  
selbst bei der NZZ auf Widerspruch. Sie  
bezeichnet die Verhinderung einer anständigen  
Aktienrechtsreform durch rechtsbür-  
gerliche Finanzkreise als «Trauerspiel».  
Hier werde einem «im Ausmass moderaten  
Anpassungs- und Reformwillen brüsk in  
den Arm gefallen». Da sei «unter Rädels-

führung eines bürgerlichen Verweige-  
rungs-Quartetts» massvoller Fortschritt ab-  
gewürgt worden. Die «Wirtschaftsförde-  
rung» habe sich zu grotesken Behauptungen  
verstiegen, es werde der Öffentlichkeit Sand  
in die Augen gestreut. Und zustimmend  
wird ein Parlamentarier zitiert, der klarstell-  
te: «Überhaupt keine Bilanz wäre dann wohl  
besser als eine irreführende», wie sie nach  
der manipulierten Gesetzesänderung mög-  
lich wäre.

Nun, Aktien liegen selbstverständlich der  
NZZ und ihren Lesern am Herzen. Hier ha-  
ben die Herren einmal am eigenen Leibe ge-  
spürt, wie notwendige Reformen von Wirt-  
schaftsvertretern unter «Hintanstellung der  
Interessen der Öffentlichkeit» (NZZ) gebo-  
digt werden.

Schade nur, dass die NZZ nicht ebenso  
eindeutig und klarsichtig Stellung bezieht,  
wenn die Anliegen des Umweltschutzes und  
der Energiepolitik zur Debatte stehen und  
Vorschläge genau in der von der NZZ durch-  
schauten Art und Weise gebodigt werden:  
zum Schaden des Landes und der Zukunft  
unserer Kinder.

## «Mit «Njet» macht man keine Energiepolitik»

Dieser Satz steht als Überschrift über einem  
Interview mit Michael Kohn, das in der  
Schweizerischen Handelszeitung abge-  
druckt worden ist. Das «Njet» übrigens darf  
als subtile Finesse gewertet werden, soll es  
doch den braven Bürger an die Drahtzieher  
erinnern, die angeblich hinter jenen stehen,  
welche die Umwelt vor weiteren Überlastun-  
gen bewahren wollen und in der sturen Ge-  
winn-Optimierung nicht der Weisheit letz-  
ten Schluss sehen. Sparen nütze ja ohnehin  
nichts, versichern die Befürworter zusätzli-  
cher Atomkraftwerke mit folgender schöner  
Stilblüte: «Die hartnäckige Behauptung der  
Atomgegner, für den Umweltschutz sei es  
wirksamer, Geld in Isolations- und anderen  
Energiesparmassnahmen zu investieren als  
in den Bau von Kernkraftwerken, ist damit  
eindeutig widerlegt» (aus «Kernpunkte»  
1984).

Wenn unsere Energiepápste Bannbulen  
gegen die Energiekonzepte der Umweltorga-  
nisationen schleudern und ihre eigenen Vor-  
schläge (Motto: Wir brauchen eins, zwei,  
drei, viele Atomkraftwerke) recht unreflek-  
tiert verbreiten, so fällt auf, dass die «seriö-  
se» Presse in letzter Zeit recht wenig kriti-  
sche Gegenpositionen entwickelt. Das für  
die nächste grosse Inseratenserie der Atom-  
lobby günstige «Umfeld» im Textteil wird  
offenbar gepflegt, das Abblocken des Elek-  
trizitätspargesetzes wortlos hingenommen,  
sinnvolle Vorschläge der Naturschutzkreise  
und der Umweltorganisationen für «grenz-  
kostengerechte Stromtarife» (siehe Brief an  
den Bundesrat, S. 12) kaum erwähnt.

Energie ist offensichtlich kein Thema  
mehr. Wir haben genug und übergenug da-  
von, Verschwendungsmodelle sind einfa-  
cher zu verwirklichen als ein ökonomisch  
und ökologisch korrekter Einsatz der Ener-  
giequellen oder gar die Entwicklung alter-  
nativer Modelle.

Wenigstens hält Professor Dr. Frederic  
Vester aus München in einem Leserbrief an  
die Handelszeitung Atel-Präsident und Kai-  
seraugst-Bauherr Kohn einen kleinen Spie-  
gel vor. Ob er wohl hineinschaut?

Frederic Vester verweist einleitend auf die  
Energiesituation in Frankreich, wo die Ver-  
schuldung der staatlichen Elektrizitätsges-  
ellschaft in der Grössenordnung von 200  
Milliarden Franken und die überdimension-  
ierte Stromproduktion dazu geführt ha-  
ben, «dass der Stromüberschuss praktisch  
ins Ausland verschenkt wird, das heisst zu  
einem Betrag verkauft werden muss, der die  
Produktionskosten bei weitem nicht deckt.  
Die Abnahme des französischen Stroms  
durch die Schweiz müsste also genau umge-  
kehrt kommentiert werden, als es Präsident  
Kohn tut. Etwa: Zurzeit subventioniert der  
französische Staat den an die Schweiz gelie-  
ferten «billigen» Atomstrom. Wenn ihr ein  
eigenes Kernkraftwerk baut, müsst ihr aller-  
dings die hohen Kosten dieser unwirtschaftli-  
chen Technik (und noch viele Folgekosten  
für Entsorgung, spätere Abwrackung usw.)  
selber tragen.

Verblüffend ist ausserdem, mit welcher  
Bestimmtheit für die 90er Jahre ein wach-  
sender Energiebedarf als gegeben hinge-  
nommen wird, obwohl die Tendenz in eine  
ganz andere Richtung weist. Hat man diesen  
Bedarf einfach so beschlossen oder wie  
kommt er zustande? Hier wäre nicht die er-  
ste Pleite durch Überkapazitäten aufgrund  
falscher Prognosen vorprogrammiert. Et-  
was mehr Weitsicht sollte man unseren  
Wirtschaftsführern nach den Erfahrungen  
der letzten Jahre schon zutrauen.»

Zu dem ökonomisch sicherlich korrekten  
Vorschlag, zusätzlichen Strom zu einem  
Preis zu verkaufen, der den heutigen Pro-  
duktionskosten entspricht (grenzkostenge-  
recht), schreibt das Badener Tagblatt in sei-  
ner sudeligen Art: «Diese Energiekommis-  
sionsminderheit (es handelt sich um eine  
starke Minderheit von Mitgliedern der eid-  
genössischen Energiekommission) und das  
Kernenergiegegner-Kartell wollen uns also  
mit einem eidgenössischen «Elektrizitäts-  
vogt» beglücken, der uns allen einen  
Strom-Teuerungsschub mit den bedenkli-  
chen volkswirtschaftlichen Auswirkungen  
und ein aufwendiges bürokratisches Korsett  
beim Stromverbrauch aufzwingen müsste.  
Auf diese Zumutung kann die Antwort nur  
lauten: Nein danke!» (vgl. S. 20)

In welchen Kreisen eigentlich wird die  
«Njet»-Stimmung der Phantasielosen ver-  
breitet? Gewiss nicht bei der Schweizeri-  
schen Energiestiftung, die in mehr als einem  
Dutzend anregender und fachkundiger Re-  
porte mitgeholfen hat, Ideen und Richtli-  
nien einer zukunftsgläubigen Energiepoli-  
tik zu entwickeln. Wenn wir bedenken, dass  
wir dazu unsere eigenen Köpfe gebraucht  
und die Kosten aus dem eigenen Sack be-  
zahlt haben, dieweil beispielsweise im Staate  
Bern bei jeder Festschrift zum Geburtstag  
irgendeiner Parteiprominenz bis zu 30000  
Franken allein an Druckkostenbeiträgen  
aus einem Reptilienfonds flossen – doch las-  
sen wir das, schliesslich ist's eine andere Ge-  
schichte aus Tausendundeiner Nacht der  
schweizerischen Filzokratie.

Will das Volk wirklich betrogen werden?

Werner Geissberger ◆